

Pfarrer mit Handkasse

In 18 Stadtteilprojekten wird versucht, nicht nur Plattenbaugebiete lebenswerter zu machen

Wie kann man die Lebensqualität in Thüringer Städten verbessern und die Zufriedenheit ihrer Bewohner steigern? Mit diesen Fragen beschäftigte sich jetzt eine Fachtagung in Erfurt.

Von Eberhardt PFEIFFER ERFURT. "Wir können nicht verhindern, dass immer mehr Menschen von Unterstützung des Staates leben müssen", sagt Professor Roland Lutz von der Fachhochschule Erfurt, "aber wir können ihnen helfen, sich auf ihre Stärken zu besinnen." Lutz ist ein Mann, der sagt, was er denkt. Er denkt zum Beispiel, dass die Auflösung aller Bundesländer nur noch eine Frage der Zeit ist und auch die Bundesregierung bald alle ihre Kompetenzen nach Brüssel abgegeben haben wird. "Die Zukunft unserer politischen Gestaltungsmöglichkeiten", so der Professor auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung in Erfurt, "liegt nur im Lokalen."

Im Lokalen kennt sich Steffi Sauerbrey aus. Seit 1994 arbeitet sie in den Neubauvierteln von Gera, ihre jetzige Berufsbezeichnung ist "Stadtteilmanagerin Gera Bieblach". Den Job verdankt sie einem Bundesprogramm namens "Soziale Stadt", Bundesregierung auflegte und das vor allem der "Entschärfung von sozialen Brennpunkten" dienen sollte. Das Problem des Programms: Keiner weiß, wie lange es eigentlich noch laufen wird und wie lange es den Job als Stadtteilmanagerin noch gibt. "Unsicherheit ist das größte Problem", sagt Steffi Sauerbrey. Ihren Beruf, eine Mischung aus Sozialarbeiter, Kulturmanager und weltlichem Ortsteilpfarrer, übt sie gern aus. Denn die Leute kommen nicht nur in ihr Stadtteilbüro, um sich auszuweinen, sondern auch, wenn sie eine Idee haben. Sei es nun zum Kampf gegen Hundekot oder für ein neues Fest, von denen es in Bieblach schon einige gibt. Und Frau Sauerbrey kann mit einem Bürgerbeirat zusammen dafür sogar bis zu 500 Euro Unterstützung verteilen. Das hat ihr der Stadtrat Gera per Beschluss eingeräumt.

18 solche geförderten Stadtteilprojekte gibt es in Thüringen, vor allem in den Plattenbau-Siedlungen der kreisfreien Städte. In Suhl zum Beispiel war Auslöser eine Bürgerinitiative gegen den Abriss von Plattenbauten. Heute diskutiert man nicht ob, sondern welche Häuser abgerissen werden sollen - zur Verbesserung der Lebensqualität. "Das ist natürlich viel schwieriger, als nur zu protestieren", sagt Barbara Lemme, Chefin des Bürgerbeirats. 1,3 Millionen Euro stehen für alle Projekte zusammen zur Verfügung. Nicht sehr viel, wie Mario Lerch vom zuständigen Bauministerium einräumt. Aber er kann zumindest von "Signalen" berichten, dass kein Ende für die "Soziale Stadt" in Sicht ist. "Alle Beteiligten sind an der Fortführung interessiert."

Professor Lutz und sein Jenaer Kollege Ulrich Lakemann sind der Meinung, dass es bei der Verlängerung der Projekte nicht bleiben darf. "Wir brauchen ein funktionierendes Sozialmanagement auf Dauer und überall", sagt Lutz. Das Ziel für ihn ist dabei nicht, soziale Spannungen durch Einsatz

von, Sozialarbeitern nur zu "reparieren". "Wir müssen den Leuten Möglichkeiten eröffnen, sich zu beteiligen", sagt Lutz. Nicht nur, wer auf dem Arbeitsmarkt keine Chance hat, soll in seiner Umgebung etwas Sinnvolles tun können, so der Grundgedanke. Mehr Identifizierung mit dem Wohnumfeld versprechen sich nicht nur die Soziologen davon.

Um solche zukunftsgerichtete Sozialarbeit in allen Städten anbieten zu können, brauchte es mehr Geld. Nicht über Förderprogramme, sondern direkt in den kommunalen Kassen. Professor Lutz weiß, dass das eine Zukunftsvision ist. "Aber es wird so kommen müssen."

Thüringer Allgemeine Erfurt vom 12.6.2006